

# Klick, sagt die Lebensfreude! Pool-Billard...



das große,  
exklusive  
Vergnügen.

In dem alles inklusive ist: Freude ein Leben lang. Wachsende Faszination von Spiel zu Spiel. Jubelnde Begeisterung bei jeder Party.

Ein Spiel das Niveau hat. Es ist das ständige Unterhaltungs-Zentrum in Ihrem Heim. Das „unheimlich“ anzieht. Sie selbst. Ihre Lieben. Ihre Gäste. Es bringt Schwung. Hält jung. Pool-Billard, die fröhlichste Art zu Tisch zu bitten.

Stoßen Sie die Langeweile vom Tisch. Einfach spielend. Und spielend einfach.

(Bitte Spielmarke auf Postkarte kleben)

**Spiel-Marke**

Bitte senden Sie mir gratis Ihren großen, illustrierten Farbkatalog über Pool-Billard.

Name \_\_\_\_\_

Plz./Ort \_\_\_\_\_

Str. \_\_\_\_\_

(Bitte einstecken an)

**env** Spielgefährte  
der Freizeit-Generation  
6 Nieder-Eschbach · Berliner Str. 32/f  
Tel.: (0611) 50 20 64 Telex: 4 16724

dent) abbauen und die Veröffentlichung von Kommunikués einschränken. Dies freilich mißfällt sowohl den Arbeitgebern als auch den Gewerkschaftlern, denen nicht daran gelegen sein kann, daß ihre Spitzenvertreter hinter geschlossenen Türen debattieren.

Das Industrieministerium sieht bereits die Gefahr eines „Geheimklubs“, und selbst geschäftsbereite Gewerkschaftler fordern, daß „unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Teilnehmer... öffentlich sichtbar gemacht werden“ (Antrag Hauptvorstand IG Chemie).

Angesichts der sehr begrenzten Möglichkeiten, die konzertierte Gespräche den Teilnehmern bieten, fordert der DGB erneut eine verstärkte überbetriebliche Mitbestimmung: „Um den Machtvorsprung der Unternehmerkammern zu beseitigen“ (DGB-Wahlforderung), sollen auf allen Ebenen paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialräte errichtet werden.

Die Räte sollen öffentlich verhandeln, eine „Plattform für gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung“ sein und laut DGB-Wahlforderung das „Recht“ haben, den Parlamenten eigene Gesetzentwürfe vorzulegen.

## FISCHFANG

### Verluste im Netz

**Vor Islands Küsten droht noch immer ein Fisch-Krieg: Falls Reykjavik auf seiner 50-Meilen-Sperre besteht, sind „1700 Fischer arbeitslos“ — so Joachim Genschow, Sprecher der deutschen Hochseefischerei.**

Das „Aktionskomitee für die Freiheit der Fischerei“ sah schwere See aufkommen: Zweihunderttausend Nordländer, meinte es zu erkennen, gefährdeten die „Existenz der deutschen Fischereiflotte“ und „darüber hinaus die Lebensgrundlage weiter Kreise“.

„Wir, die Bevölkerung von Bremerhaven und Cuxhaven“, annoncierten deshalb in isländischen Zeitungen zehn Komitee-Mitglieder, „fordern die Regierung Islands auf, von der willkürlichen Erweiterung der Fischereizone Abstand zu nehmen.“

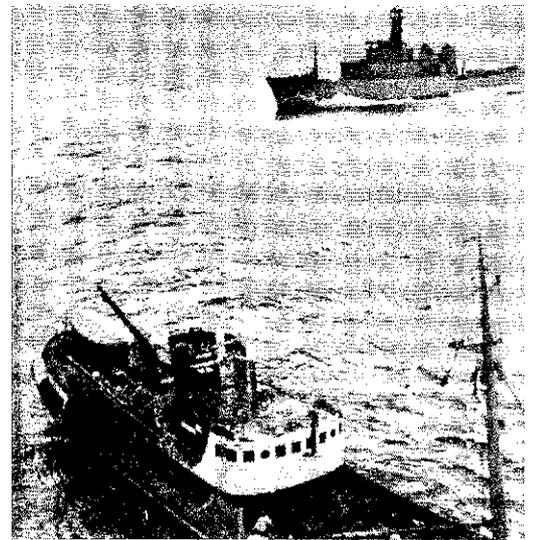
Doch die ganzseitigen Zeitungsanzeigen im „Morgunbladid“ und in der „Timinn“ vom 10. August vergilbten wirkungslos. Statt „auf den Weg internationalen Rechts zurückzukehren“ (Annoncentext), steckte Island am 1. September kraft eigener Völkerrechts-Auslegung seine Fischerei-Hoheitsgrenzen von zwölf auf 50 Seemeilen ins Meer hinaus. Begründung: Nach dem Hering stehe nun auch der Kabeljau vor der Ausrottung. Da die Bevölkerung wachse, müsse sich Island die Fischbestände über seinem Festlands-Sockel sichern.

Die eigenwillige Grenzerweiterung fand freilich nur auf isländischen See-

karten statt: Nach wie vor werfen britische und deutsche Hochseefischer vor Island ihre Schleppnetze aus; die schmächtige Schutzboot-Flotte der vulkanischen Gletscherinsel kann gegen die anglo-teutonische Trawler-Armada nicht andampfen — sie beschränkt sich auf Registrier- und Störmanöver.

Als auch die Sowjet-Union gegen die einseitige Ausdehnung der Fischereihoheit um Island protestierte, bot Reykjaviks Außenminister Einar Agustsson Gespräche an. Briten wie Westdeutsche, nach isländischem Recht seit Anfang September Schwarzfischer, wollen ebenfalls verhandeln — wenigstens ein Waffenstillstand scheint möglich.

Die Fischerei-Manager in Bremerhaven und Cuxhaven — im vergangenen Jahr landeten dort die deutschen Hochsee-Trawler etwa vier Fünftel ihres 345 000-Tonnen-Fangs an — werden



Isländisches Küstenschutzboot (o.), Trawler Störmanöver beim Rotbarsch-Fang

freilich schon beim bloßen Gedanken an eine isländische 50-Meilen-Sperre seekrank.

Dr. Joachim Genschow, Vorsitzender des Verbands der deutschen Hochseefischereien und Direktor der „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei GmbH, sieht für den Fall, daß sich die Isländer durchsetzen, 45 der 95 westdeutschen Trawler still in ihren Heimathäfen rosten.

„1700 Fischer und etwa 6000 Arbeitskräfte in der Fischindustrie“, warnte Genschow, „sind dann arbeitslos.“ ÖTV-Mann Fritz Annerl, Fischerei-Sprecher der EWG-Gewerkschaften und Mitunterzeichner der Anzeigenappelle, pflichtet bei: „Das wäre das Ende der deutschen Frischfisch-Flotte.“

Tatsächlich holten die Trawler im vergangenen Jahr allein 80 000 Tonnen Frischfisch, etwa 20 Prozent ihrer gesamten Hochsee-Fänge, aus den Gewässern rund um Island: vorwiegend Rotbarsch, Kabeljau, Schellfisch, Seelachs und Heilbutt. Weitere 40 000

Tonnen Island-Fische verarbeitete die Flottille 1971 zu Frost- und Salzfisch.

In isländischen Gewässern können westdeutsche Fischer kostengünstiger arbeiten als anderswo, denn sie benötigen für die Rückreise nur vier bis fünf Tage. Da an Bord eingeeister Frischfisch etwa 15 Tage haltbar ist, bleibt ihnen eine Fangzeit von zehn bis elf Tagen — zwei Tage mehr als beispielsweise bei Fangzügen vor der Ostküste Grönlands; vier Tage mehr, als wenn sie vor West-Grönland und Labrador fischen.

Die bis zu 400 Meter tiefen Fanggründe der Nordmeer-Insel sind überdies die fischreichsten des ganzen Atlantik. Günstige Strömungs- und Temperaturverhältnisse, Wassertiefen, die noch genügend Sonnenlicht eindringen lassen, schaffen über dem isländischen Festlandssockel eine fischgerechte Umwelt.

Der internationalen Island-Flotte gehen jährlich rund 700 000 Tonnen Fische ins Netz: davon die Hälfte den Isländern selbst, ein gutes Viertel den Briten, etwa 17 Prozent den Deutschen. Genschow: „700 000 Tonnen können dort ohne Raubbau gefischt werden.“

Weniger abhängig von den Island-Fischen sind lediglich die 26 Vollfrostschiffe der bundesdeutschen Hochseeflotte. Anders als die Frischfischer verarbeiten und kühlen sie ihre Fänge bereits auf See und können deshalb wochenlang — so der Küsten-Jargon — „vor Fisch“ bleiben.

Obwohl die Produktion von tiefgekühltem Fisch bis 1971 auf 70 000 Tonnen schrumpfte (1969 noch 102 000 Tonnen), hat der Frostfisch gute Marktchancen. Auch das küstenferne Bonn hat Wohlgefallen an deutscher Tiefkühl-Fracht: Für jeden der 15 neuen Vollfroster (3200 Bruttoregistertonnen), die spätestens bis 1975 auf Fahrt gehen sollen, gewährt der Bund 3,5 Millionen Mark Darlehen.

Dabei fallen Hilfgelder aus Bonn an der Küste nicht gerade in die Taschen der Allerärmsten: Gefördert durch staatliche Abwrackprämien, rückte nämlich die deutsche Hochseefischerei in den vergangenen Jahren eng zusammen; vier Reederei-Gruppen teilen sich nach gemeinsamen Fang- und Absatzplänen die Fischgründe.

Von den 95 deutschen Hochseefischdampfern (69 Frischfisch- und 26 Frostfischschiffe) fahren 58 allein für die „Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei GmbH in Bremerhaven, deren Mehrheit dem Nahrungsmittel-Giganten Unilever gehört.

Für den Oetker-Mischkonzern fischt von Bremerhaven aus mit 20 Trawlern die Hanseatische Hochseefischerei AG. Zehn Hochseefischerei-Schiffe fahren unter der Flagge der Hochseefischerei Nordstern AG, deren Aktienmehrheit

# Der totale Deo-Spray. Wirkt rundherum.



**all-over**

Russisch Leder all-over-deodorant pflegt den Mann an wirklich allen Stellen seines Körpers. Auch dort, wo ein normaler Deo-Spray bisher nicht wirkte.

Russisch Leder all-over-deodorant erhalten Sie nur in ausgewählten Fachgeschäften.

**RUSSISCH LEDER**  
MIT DER ROTEN MARKE  
Das totale Pflege-System

Auch in Österreich und in der Schweiz erhältlich.

bei Walther J. Jacobs, Inhaber der Kaffeeeröstererei Joh. Jacobs & Co. in Bremen, liegt. Sieben Schiffe gehen schließlich für die Hamburger Pickenpack-Gruppe auf Fahrt.

Noch ist das Fischerei-Quartett nicht stoßfrei aufeinander eingespielt: Trotz gemeinsamer Planung schwamm beim Frischfischfang 1971 ein Verlust von zehn Millionen Mark in die Netze. Doch in Bremerhaven grünt Hoffnung — die Frischfischpreise steigen schneller als die Fleischpreise.

Der isländische Fischkrieg gefährdet das angepeilte Sanierungsziel. Denn sollte der atlantische Inselstaat — etwa durch eine internationale Konvention — die Deutschen und Briten hinter die 50-Meilen-Grenze bannen, müßten die Frischfischer den längeren Weg nach Grönland und Labrador machen. „Die beträchtlichen Mehrkosten“, so fürchtet Verbandchef Genschow, „könnten dann durch die Erlöse nicht mehr gedeckt werden.“

## GELDDANLAGE

### Gewinn mit Baudenkmalern

**Lübecker Bürger wollen auf dem Kapitalmarkt mit Hilfe von Abschreibungspräferenzen Millionen-Beträge für die Restaurierung historischer Bauten sammeln.**

Bundesfinanzminister Schmidt und Kabinettskollege Lauritzen erreichte in den letzten Tagen ein ungewöhnlicher Hilferuf. In Eilbriefen forderte die Bürgerinitiative „Aktion Ge-



Lübecker Altstadt-Gasse  
Rettung durch Reiche?



Abschreibungsexperte Brock  
Prozente vom Staat?

staltetes Lübeck“ die Minister auf, ihr bei der Gründung „absolut seriöser Abschreibegesellschaften“ zur „Rettung historischer Stadtkerne“ zu helfen.

Die von dem Lübecker Rechtsanwalt Dr. Klaus Brock geführte Bürgertruppe verlangt ein Gesetz, das Kapitalbeteiligungen an denkmalgeschützten Bauten mit Steuervergünstigungen nach dem Muster des alten Zonenrandförderungsgesetzes belohnt. „Erstrebenswert“, so betonen die Lübecker, sei ein Sonderabschreibungssatz von „30 Prozent für bewegliches und 50 Prozent für unbewegliches Anlagevermögen“.

Eine rasche Entscheidung ist nach Meinung der Aktionsgemeinschaft notwendig, weil schon ihr erstes Projekt, eine Abschreibungsgesellschaft für historische Lübecker Bauten, Modellcharakter erlangen könnte.

Tatsächlich sind Bund, Länder und Gemeinden finanziell so überfordert, daß ihnen für Ankauf und Restaurierung verfallbedrohter Baudenkmalern kaum Geld zur Verfügung steht. Allein die in Westdeutschland notwendige Städtensanierung wird nach Schätzungen von Experten in den nächsten Jahrzehnten „mehrere hundert Milliarden Mark“ kosten. In welchem Umfang dabei historische Stadtteile erhalten werden können, ist noch völlig ungewiß.

Für die Sanierung der rund zwei Quadratkilometer großen Lübecker Altstadt zum Beispiel rechnen Fachleute mit einem Finanzbedarf von 500 Millionen bis zwei Milliarden Mark. Im Stadtetat stehen 1972 zur Sicherung der 630 historischen Gebäude jedoch nur 80 000 Mark zur Verfügung.

Auf den Gedanken, mit Hilfe von privatem Kapital wenigstens die 200 000 in der Bundesrepublik denkmalgeschützten Gebäude zu retten, kamen die Lübecker schon vor einem Jahr, als die Aktionsgemeinschaft gegen den

Bau des 35stöckigen Hotelriesen Maritim am Travemünder Ostseestrand zu Feld zog. Die Bürgertruppe konnte das „landschaftsverschandelnde Projekt“ trotz 10 000 Kampfunterschriften zwar nicht verhindern, die intensive Beschäftigung mit dem „Erbfeind“ (Brock) brachte dem Vorstand jedoch „wertvolle Finanzierungserkenntnisse“.

Wie gründlich die Lübecker ihre Lektion gelernt hatten, bewies Aktionsgemeinschaftssprecher Brock auf dem Anfang dieses Jahres veranstalteten internationalen Kolloquium „Rettet Lübeck“. Der ungeduldige Rechtsanwalt schlug dem Auditorium vor, für die Baudenkmalern „so etwas wie eine Maritim-Gesellschaft“ zu gründen.

Das neue Unternehmen sollte vom Staat die gleichen Verlustzuweisungen fordern, wie sie bisher „für weniger vernünftige Zwecke“ gewährt worden seien. Steuern wollten die Gesellschaftsgründer aber auch mit Hilfe des Städtebauförderungsgesetzes sparen, das für die Renovierung denkmalgeschützter Bauten zehn Jahre lang eine Zehn-Prozent-Sonderabschreibung zuläßt.

Nach Ansicht der Aktionsgemeinschaft könnte das Land Schleswig-Holstein die Denkmalpräferenz in einem „Billigkeitserlaß“ auch auf kürzere Zeiträume verteilen: „Beispielsweise 50 Prozent Sonderabschreibung im ersten, 20 Prozent im zweiten und den Rest in den folgenden Jahren.“

Die Vorschläge der Bürgertruppe erregten in Lübeck so viel Aufsehen, daß Bürgermeister Werner Kock bald öffentlich die Frage stellte, weshalb man steuerliche Privilegien „bisher für Profit... für Schiffbau, nichtfliegende Flugzeuge und Hotels“, nicht aber für Projekte wie die Erhaltung der Lübecker Altstadt gewährt habe.

Das Engagement des Stadtoberhaupts veranlaßte die Aktionsgemeinschaft, ihre Pläne weiter zu präzisieren. Nach dem jetzt vorliegenden Gesellschaftskonzept soll die Denkmalgesellschaft als GmbH & Co. KG ins Handelsregister eingetragen werden.

Freilich wollen die Firmengründer die ersten Kommanditbeteiligungsprospekte an Kaufleute, Zahnärzte, Rechtsanwälte und andere wohlhabende Freiberufler erst dann verschicken, wenn neben den erwarteten Steuervergünstigungen auch eine Beteiligung der Stadt Lübeck gesichert ist.

Die schlaun Denkmalschützer wollen die Stadt zu ihrer Komplementärin machen, weil sie mit Hilfe des Gemeinde-Vorkaufsrechts alte Gebäude besonders preiswert zu erwerben hoffen. Brock: „Was Lübeck an denkmalgeschützten Häusern kaufen kann, muß der GmbH & Co. KG veräußert oder in Erbpacht übertragen werden.“

Um den Stadtvätern solchen Handel schmackhaft zu machen, will die Initiativegemeinschaft den künftigen Gesellschaftsbesitz auch „wirtschaftlich nut-